

Kirchenkritik als Antikirchenhetze

Andreas Unterberger¹ ist ein strengkatholischer Journalist. Er kennt die ganze katholische Wahrheit. Allerdings ist diese Wahrheit manchmal etwas von der Wirklichkeit abgehoben. Was wieder einmal dazu führt, solch strengkatholische Ausführungen säkular zu kommentieren.

Die Kirche braucht eine Mutinjektion

Kath.net vom 11. April 2012 - Warum tritt die Kirche der Antikirchenhetze nicht auch selbst ein wenig energischer entgegen? Von Andreas Unterberger.

Bisweilen muss man die Kirche in Schutz nehmen. Besonders dann, wenn man sie auch oft tadelt. Denn die vor allem im grünen Umfeld lancierten Attacken auf die Kirche sind nicht mehr nur einäugig, sondern schon geradezu blindwütig. Was doppelt erstaunt, betätigen sich doch manche Kirchenfunktionäre (nicht die Bischöfe, nicht die Gläubigen, aber die angestellten Laien) als vehemente Vorkämpfer der Grünen.

Da betreibt etwa die grüne Abgeordnete Daniela Musiol seit längerem eine heftige Kampagne gegen das Konkordat und gegen angebliche Privilegien der Kirche. Die Grünen attackieren auch heftig, dass die steuerliche Absetzung des Kirchenbeitrages den Staat alljährlich 120 Millionen Euro kosten.

Interessanterweise gibt es aber überhaupt keine Wortmeldung der Grünen, geschweige denn eine kritische, zu der Tatsache, dass auch ihre zahllosen Vorfeldorganisationen von den radikalen Tierschützern bis zu Greenpeace genauso von der steuerlichen Absetzbarkeit profitieren.

Sie interessieren sich auch nicht dafür, dass der Steuerzahler auf gleichem Weg den Gewerkschaftsbund subventionieren muss. Und schon gar nicht für die alles übersteigenden gewaltigen Zwangsbeiträge jedes Arbeitnehmers für die Arbeiterkammer. Nein, nur die Kirchen werden da zum Ziel genommen.

Kirchenprivilegien sind also keine Privilegien. Lange Zeit konnten Mitglieder der staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften pro Jahr 100 Euro von der Steuer absetzen, dann wurde vor nicht allzu langer Zeit dieser Betrag zweimal verdoppelt, jetzt können bis zu 400 Euro abgeschrieben werden. Der Unterberger-Vergleich mit ÖGB und Arbeiterkammer ist grotesk, weil die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft hat nichts mit den Beiträgen für freiwillige (Gewerkschaft) oder gesetzliche (AK) Interessensvertretungen zu tun. Den Mitgliedsbeitrag für eine Organisation von Religionsfreien kann man ebenso wenig abschreiben wie Spenden an solche Vereinigungen. Religionsgemeinschaften sind außerdem keine Tier- oder Umweltschutzverbände oder wohltätige Einrichtungen, Spenden an die Caritas oder an die Diakonie kann man zusätzlich abschreiben. Aber es ist zumindest schön zu lesen, wie rabiat ein Strengkatholik auf Kritik reagiert, 120 Millionen Euro wären in richtigem Geld mehr als 1,6 Milliarden Schilling. Warum müssen Religionsfreie mit ihren Steuern die Mitgliedschaft von Religiösen in ihren Glaubensvereinen subventionieren?

Die grün-roten Antikirchenkämpfer erregen sich zwar maßlos darüber, dass im ORF aus alter Vor-Wrabetz-Tradition am Karfreitag noch eine Schweigeminute beachtet worden ist. Und darüber, dass in der letzten bürgerlichen ORF-Bastion in Niederösterreich ein Chefredakteur dazu aufgefordert hat, den norwegischen Massenmörder B. nicht wahrheitswidrig als „christlich“ motiviert zu bezeichnen.

Die ORF-Schweigeminute am Karfreitag ist ein Versuch, Religion zur Volkspflicht zu machen. Religion ist aber keine Pflicht, wer glaubt, der tut das freiwillig und ist selber dran schuld.

Es ist nicht wahrheitswidrig, dass der Massenmörder Breivik christlich motiviert ist, er schrieb im Internet in seinem Manifest: "Wir müssen zurück zu unseren katholischen Wurzeln. Wir, die protestantischen Nationen Europas, sollten nicht vergessen, dass wir alle einmal Katholiken waren. (...) Wir glauben aber an das Christentum als kulturelle, soziale und moralische Plattform. Das macht uns zu Christen. (...) Ich glaube, dass Selbstverteidigung ein zentraler Bestandteil des Christentums ist (...). Eine starke Kirche (...) ist essentiell für die Einheit unserer europäischen Ländern." Weiters meinte Breivik, Europa müsse sich mittels einer bewaffneten Revolution von Marxisten, Migranten und Multikulturalisten befreien, dazu müssten militärische Zellen nach dem Vorbild der "Tempelritter" gebildet werden. Diese "Tempelritter" waren die Eliteeinheit der christlichen Kreuzzügler, nach Unterbergers Ansicht dürften die Kreuzzüge und die Tempelritter also auch nichts mit dem Christentum zutun gehabt haben.

Die gewaltigen Leistungen der Kirche für die Gesellschaft werden hingegen totgeschwiegen, die dem Staat Milliardenkosten ersparen. So kostet den Staat ein Schüler in einer katholischen Schule deutlich weniger als einer in einer staatlichen Schule; die Differenz zahlen die (meist katholischen) Eltern sowie Orden und Diözesen, obwohl die gleichzeitig auch genauso ihre Steuern für die staatlichen Schulen zahlen.

Dabei gibt es nur wenige Zweifel, dass beispielsweise die 15 Prozent der AHS-Schüler in den vor allem katholischen Privatschulen zum Nutzen der Allgemeinheit eine bessere Ausbildung erhalten als der Schnitt in staatlichen

¹ Unterberger war lange Jahre bei der Tageszeitung DIE PRESSE, von 1995 bis 2004 Chefredakteur, dann wurde er von der ÖVP-FPÖ/BZÖ-Regierung zum Chefredakteur der WIENER ZEITUNG bestellt, dem Blatt, das als eine Art Zentralorgan der Bundesregierung fungiert, nach der ÖVP-Niederlage 2008 wurde er 2009 dort als Chefredakteur abgelöst und schreibt jetzt im Internet.

Schulen. Jedenfalls sehen das immer mehr Eltern so. Der Ansturm auf kirchliche Schulen wächst daher von Jahr zu Jahr – trotz der einseitigen Hetz-Berichterstattung vor allem des ORF über die einstigen Missbrauchsfälle in kirchlichen Einrichtungen (während ebensolche Zwischenfälle in staatlichen Schulen und Erziehungsanstalten gerne totgeschwiegen werden).

In den katholischen Schulen werden die Personalkosten zur Gänze vom Staat übernommen, für Renovierungen und Projekte gibt es hohe staatliche Zuschüsse, die restlichen Kosten tragen die Eltern der Kinder durch das bis zu 1000 Euro hohe Schulgeld, die Kirche als Institution trägt nichts dazu bei, die Privatschulen sind bloß ein interessantes Geschäftsfeld, das unter Umständen verloren gegangenen gesellschaftlichen Einfluss der katholischen Kirche wieder zurückgewinnen könnte. In den letzten zwanzig Jahren haben sich z.B. in Wien die katholischen Privatschulen verdreifacht, durch das völlige Versagen der Politik in Sachen Migration und Integration ist in Bereichen mit hoher Migration das staatliche Schulsystem durch lange Jahre gänzlich unbewältigt gebliebenen Sprach- und Kulturprobleme faktisch zusammengebrochen, bildungsbedachte Eltern, die es sich leisten können, schicken ihre Kinder auf Privatschulen, in denen es keine SchülerInnen mit diesen Problemen gibt, weil man sich dort die Nutzer aussuchen kann.

Die bessere Bildung in den Privatschulen ist kein Verdienst der Kirche, sondern durch das Versagen der Politik wurde im Bildungswesen via Privatschulen die Klassengesellschaft noch mehr verfestigt.

In den Kindergärten besuchen beispielsweise in Wien 12 Prozent der Kleinen eine katholische Einrichtung. Und bei den Ordensspitälern sind es sogar 19 Prozent. Nach einer IHS-Studie sind die Ordensspitäler um 17 Prozent effizienter. Und der Rechnungshof stellt sie den Gemeindespitälern sogar ausdrücklich als positives Beispiel gegenüber.

Vor allem aber ersparen sich Bund, Länder und Gemeinden durch diese Spitäler gewaltige Summen. So haben die Ordensspitäler in den letzten Jahren 150 Millionen Euro investiert. Und jeder einzelne Spitalsbesuch, jede einzelne Nacht in einem Spitalsbett, jeder Blinddarmeingriff, jede künstliche Hüfte wird von den Krankenkassen bei Ordensspitälern deutlich geringer honoriert als bei den ineffizienten Landes- und Gemeindespitälern. Ohne die kirchlichen Leistungen wäre das Sozialversicherungssystem so gar nicht mehr aufrechterhaltbar.

Die Zahlen zu den kirchlichen Spitalern sind lachhaft. Alle Krankenhäuser werden durch Krankenkassen und den Staat finanziert, für Projekte gibt es entsprechende Förderungsmittel. Behandlungsangebote, die besonders kostenintensiv sind und schwer durch die Behandlungsbeiträge der Krankenkassen abzudecken, verbleiben in der Regel den öffentlichen Krankenhäusern. Zum Beispiel ist in Google unter "kirchliche(s) Unfallkrankenhaus/häuser" keine einzige Eintragung zu finden.

Überhaupt nicht mehr messbar ist das, was die Kirche in die Schönheit der österreichischen Dörfer und Städte investiert. Dabei ist die Erhaltung beispielsweise aller Wiener Kirchen angesichts der Zahl der Gläubigen und Kirchenbesucher längst nicht mehr notwendig. Den einzigen Nutzen der vielen aus Spenden und Kirchenbeitrag finanzierten Renovierungsarbeiten tragen Tourismus und Stadtbildpflege. Daher wird in der Kirche auch immer ernsthafter darüber diskutiert, dass man Vieles von dieser barocken oder historistischen Pracht aufgeben möge, und sich für Gottesdienste und Pastoral in weniger, passendere, gemeinschaftsfördernde Räume zurückziehen soll. Das wäre zwar zum Schaden der touristischen Attraktivität der Stadt, aber nicht jenem der Kirche.

Dass die Kirche irgendwas in die Schönheit der Städte investiert, ist eine religiöse Ansicht. Irgendwelche Kirchtürme an jeder Ecke fördern keine Schönheiten, sie gehören bestenfalls zur Tradition. In anderen Ländern ist man längst dazu übergegangen, überzählige Kirche zu schließen, zu verkaufen, abzureißen. Auch der katholischen Kirche wird auf Dauer nichts anderes übrig bleiben. Zurzeit läuft in Wien im Bezirk Favoriten ein Versuch, die Anzahl der Pfarren und Kirchen mit den Gläubigen in Einklang zu bringen. Denn für rund 2.000 sonntägliche Kirchgänger sind keine 15 Pfarren notwendig, da kann man etliches abbauen und niemand wird es vermissen.

Außerdem gibt es für jedwede Renovierung neben den Spenden von Privatpersonen Mittel des Denkmalschutzes und je nach dem jeweiligen Gebäude reichliche Mittel von Gemeinden und Ländern. Es müssen also auch Religionslose mit ihren Steuern Renovierungskosten zahlen, obwohl sie solche religiöse Bauten weder nutzen noch bestaunen. Und es ist recht unwahrscheinlich, anzunehmen, Urlaubsreisende würden in Massen nach Österreich kommen, um Dorfkirchen zu bewundern oder gotische Spitzbögen zu besichtigen. Hätte Wien keinen Stephansdom und St. Willibald im Walde keine Dorfkirche: um wieviel wäre der Touristenverkehr geringer?

Offen bleibt aber die große Frage: Warum tritt die Kirche dieser Antikirchenhetze nicht auch selbst ein wenig energischer entgegen? Warum marschiert die einst bedeutende Laienorganisation „Katholische Aktion“ ebenso wie die noch immer bedeutende Caritas ideologisch das ganze Jahr über im Gleichschritt mit den linken Kirchenhasern, propagiert dabei sogar – gegen den Willen der großen Mehrheit der Kirchgänger – die zwangsweise Gesamtschule?

Die Caritas mag er nicht, der Herr Unterberger. Er hätte ja dazu auch noch behaupten können, die Caritas wäre eine Wohlfahrtseinrichtung, die Mühselige und Beladene mit christkatholischen Kirchengeldern unterstützt. Sie tut das natürlich nicht, sie verwendet dafür Spenden und lebt hauptsächlich davon, Sozialdienste zu verkaufen. Diese werden mit öffentlichen Geldern und privaten Nutzerbeiträgen finanziert und nicht von der Kirche. Gegen die seit Jahrzehnten angestrebte und europaweit fast überall übliche Gesamtschule helfen den Leuten mit Unterberger-Ansichten die o.a. erwähnten katholischen Privatschulen für die gehobenen Klassen der Gesellschaft.

Warum protestiert die Kirche nicht laut, wenn der ORF beispielsweise eine Demonstration gegen die Christenverfolgungen in islamischen und restkommunistischen Ländern totschweigt, aber gleichzeitig sehr intensiv über eine nicht einmal halb so große gegen die sogenannte Vorratsdatenspeicherung berichtet? Und: Warum ruft der Wiener Kardinal – an sich lobenswerterweise – jetzt zum Kampf der „guten Kräfte“ gegen die Korruption im Staat auf, lässt sich aber gleichzeitig, ohne ein kritisches Wort zu verlieren, vom Wiener Bürgermeister mit einem hohen Orden auszeichnen, obwohl die Korruption nach 67 Jahren roten Machtmissbrauchs nirgends so schlimm ist wie im Einflussbereich der Gemeinde Wien?

Oder blicken die Bischöfe nur noch angsterfüllt auf die in Wahrheit außerhalb der Mainstream-Medien recht unbedeutende Initiative des Pfarrers Schüller, statt sich um die wirklichen Herausforderungen zu kümmern? Wofür beispielsweise Ostern ein guter Anfang wäre.

Die arme Kirche traut sich gar nix mehr sagen. Sie kämpft nimmer für ein schwarzes Wien, bekümmert sich um Nebensachen wie die Pfarrerinitiative, statt endlich für die Wiederkehr des politischen Katholizismus einzutreten. Aber um ihre Privilegien kämpft sie munter.

Ganz vergessen hat Unterberger auf die immensen Kosten für die Vermittlung des religiösen Grundwissens an den religiösen Mitgliedernachwuchs. Auch Religionsfreie müssen mit ihren Steuern die Kosten des Religionsunterrichtes in den staatlichen Schulen bezahlen. Religionsunterricht ist als missbräuchliche Verschwendung von Staatsgeldern zu sehen. Ebenso die Führung von Theologieeinrichtungen an staatlichen Universitäten. Auch sonstige Privilegien wie Grundsteuerbefreiung und Agrarsubventionen u.ä. sind für Andreas Unterberger kein Thema. Insgesamt kann man nur wiederholen: die staatliche Gemeinschaft leistet sehr viel für die Kirchen, die Kirchen als solche leisten nichts für die staatliche Gemeinschaft.